

# Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

| Anzeigenpreise:              |         |
|------------------------------|---------|
| Grundpreis                   | 0,15 DM |
| Antl. Bekanntmachungen       | 0,10 DM |
| Stellengedichte              | 0,10 DM |
| — Anzeigenpreisliste Nr. 2 — |         |

Bezugsgebühren:  
3,40 DM einschließlich Zustellgebühren  
Postbezug: 3.— DM zuzgl. Zustellgebühren  
Bestellungen  
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Nr. 138

Halver, Donnerstag, 19. Juni 1952

1952

## Gemeinsame Aktion von Koalition und Opposition

# Bundestag protestiert gegen Grenzterror

Bisher 7500 Flüchtlinge - Schnelle Hilfe beschlossen - Wirtschaftliches Sonderprogramm für das Grenzgebiet

rdt. Bonn, 18. Juni

Im Mittelpunkt der Bundestagssitzung am Mittwoch stand die Erörterung der Situation, die durch die Terrormaßnahmen jenseits der Zonengrenze im Grenzgebiet zwischen Schleswig-Holstein und dem Bayerischen Wald entstanden ist. Abgeordnete aller Parteien — mit Ausnahme der Kommunisten — stimmten am Schluß der Debatte einmütig einem gemeinsamen Entschließungsantrag von Regierungs- und Oppositionsparteien zu, in dem feierlich gegen die Willkürmaßnahmen der Ostzonenregierung protestiert und die Aufmerksamkeit der Freien Welt auf die dadurch ausgelösten Zustände gelenkt wird. Auch die große Anfrage der SPD und ein entsprechender Antrag der FDP, die diese Debatte ausgelöst hatten, wurden einstimmig angenommen, wiederum gegen die Stimmen der kommunistischen Gruppe.

In der vorangegangenen Debatte hatten die Abgeordneten, teilweise aus eigener Beobachtung, die Situation im Grenzgebiet geschildert und Vorschläge gemacht zu der Überwindung der akuten Notlage der Grenzvertriebenen und zur wirtschaftlichen Wiederbelebung der Gebiete entlang der Zonengrenze, aus der immer mehr industrielle Betriebe nach Westdeutschland abwandern. Schaffung von Dauerarbeitsplätzen im Grenzgebiet, Bereitstellung von Mitteln zum Existenzaufbau der Vertriebenen und derer, die durch die jüngsten Maßnahmen Ackerland oder Produktionsstätten, Verkehrsverbindungen oder Energiequellen verloren haben — das waren die hauptsächlichsten Forderungen. Dabei kam übereinstimmend zum Ausdruck, es müsse schnell gehandelt werden und jeder Kompetenzstreit zwischen den beteiligten Behörden und Organisationen ausgeschaltet werden.

Bundeskanzler Dr. Adenauer

gab im Namen der Regierung eine Erklärung ab, die im wesentlichen eine Erwiderung auf die Begründung war, mit der die Ostzonenregierung ihre Maßnahmen im Grenzgebiet begleitet hat. Adenauer bezifferte die Zahl der bisher über die Grenze gekommenen Flüchtlinge auf etwa 7500 und versicherte, die Bundesregierung habe zusammen mit den Länderregierungen Maßnahmen eingeleitet, um die Schäden festzustellen, die durch die Zerschneidung der wirtschaftlichen Verbindungen entstanden sind. Die Zonengrenzgebiete, so erklärte er, müßten zu Notstandsgebieten erklärt werden, so weit sie der interministerielle Ausschuss in das Notstandsprogramm einbeziehe. Die von der FDP geforderte unmittelbare Verhandlung mit Dienststellen der Ostzone lehnte der Bundeskanzler ab. Die im Verlauf der Debatte von dem hessischen FDP-Abgeordneten Preusker gemachte Anregung, die Bevölkerung Westdeutschlands zu einer freiwilligen Hilfsaktion aufzurufen, griff der Bundeskanzler auf; sie soll im Kabinett erörtert werden. Bemerkenswert war noch die Mitteilung, daß bei den Aussiedlungsmaßnahmen einzelne Volkspolizisten die Bevölkerung rechtzeitig gewarnt und teilweise den Flüchtlingen bei ihrer Flucht geholfen haben. Dr. Adenauer

sprach diesen „tapferen Männern“ den Dank für ihre Haltung aus.

Der gerade aus der bayerischen Grenzstadt Hof kommende SPD-Abgeordnete Behrlich sagte in der Begründung der Anfrage seiner Partei u. a., durch Hof sei seit 1945 ein Flüchtlingsstrom von zwei Millionen Menschen geflossen. Er appellierte an die Bundesregierung gegenüber dem toten Streifen jenseits der Zonengrenze

einen lebendigen Streifen des Aufbaues anzulegen. Ebenso wie er rief der Lübecker DP-Abgeordnete Ewers nach einem Saniierungsprogramm und nach wirtschaftlich vertretbaren Investitionen, die das wirtschaftlich verödete Grenzgebiet und die leerstehenden Fabrikhallen mit neuem Leben und die Grenzbevölkerung mit neuer Hoffnung erfüllen sollten.

Einen schweren Stand hatte in dieser Debatte die Gruppe der Kommunisten, die während der Schilderungen der Abgeordneten über Erlebnisse und Zustände im Grenzgebiet an Zwischenrufen wie „Ammenmärchen“ nicht sparte. Als die kommunistische Abgeordnete Strohbach von der Rednertribüne „Agenten des Kaiserministeriums“ und die „skrupellose Hetze des Senders RIAS“ für die Massenflucht verantwortlich machte, hörte das Haus wortlos zu.

## Volksabstimmung gegen die Bundesrepublik

Volksentscheid gegen Bonn in der Sowjetzone vorbereitet

gk. Berlin, 18. Juni

In Ostberlin und in der Sowjetzone wird gegenwärtig eine provisorische Volksabstimmung gegen die Bundesrepublik und für die Aufstellung einer Nationalarmee durchgeführt. Die Arbeiterschaft wird bei Betriebsversammlungen aufgefordert, Erklärungen gegen Adenauer zu unterschreiben. Jede Ablehnung muß öffentlich begründet werden. In den Kinos verlesen kommunistische Funktionäre zwischen Wochenschau und Hauptfilm eine mitgebrachte Entschließung und verlangen von den Zuschauern, die gegen diese Entschließung sind, daß sie sich erheben. Auch alle Westberliner, die einen Passierschein in die Ostzone beantragen, werden aufgefordert, eine solche Erklärung zu unterschreiben. Wie aus östlichen Kreisen dazu verlautet, will Pankow Mitte Juli einen Volksentscheid gegen die Bundesregierung im großen Stil durchführen. Durch diese Aktion soll die Bundesregierung offiziell als „illegal und volksfeindlich“ erklärt werden.

Der Volksentscheid soll nach dem gleichen Muster vor sich gehen, wie seinerzeit die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung, das heißt, überall in der Ostzone werden Listen ausgelegt, und Funktionäre müssen Unterschriften sammeln. In der Bundesrepublik soll der Volksentscheid von den sogenannten Friedenskomitees organisiert werden.

In politischen Kreisen Berlins betrachtet

man jetzt die erste Phase der östlichen Offensive gegen die Stadt als abgeschlossen. Zwar werden täglich neue Zwischenfälle gemeldet — zum Beispiel kündigten die Ostbehörden die Spaltung des Kanalisationsnetzes an —, aber diese Ereignisse haben im Grunde nur lokale Bedeutung. Man erwartet jedoch, daß der Osten im nächsten Monat die zweite Phase seiner Offensive gegen Westberlin beginnen wird. Das bedeutet voraussichtlich die Verhängung einer schleichenden Blockade, mit der ein wirtschaftlicher Zusammenbruch der Stadt herbeigeführt werden soll. Vor allem werden die Sowjets die Westberliner und die Alliierten durch willkürliche Beschlagnahmen, Verhaftungen und neue Formalitätsforderungen immer wieder darauf aufmerksam machen, daß der Osten jederzeit die Verbindungswege zur Bundesrepublik sperren kann.

## Noch kein Gutachten für Präsident Heuß

SPD und föderalistische Abgeordnete lehnen Klagezurückstellung ab

gl. Karlsruhe, 18. Juni

Nach dreistündiger Beratung über das Ersuchen des Bundespräsidenten Heuß, zur Verfassungsmäßigkeit des Verteidigungsvertrages ein Gutachten abzugeben, beschloß das Plenum des Bundesverfassungsgerichts mit seinen 22 Richtern, zunächst die Erklärungen der Beteiligten in der Feststellungsklage von 144 Bundestagsabgeordneten über die Verfassungsmäßigkeit eines deutschen Wehrbeitrages abzuwarten.

Die Bundesregierung war mit der Zurückstellung der Klage bis zur Erstattung des Rechtsgutachtens einverstanden. Vertreter der 144 Abgeordneten haben am Mittwoch telegrafisch mitgeteilt, sie seien mit der Klagezurückstellung nicht einverstanden, doch war die Sitzung des Gerichts bereits geschlossen.

Die Abgeordneten Dr. Arndt (SPD), Dr. Etzel und Dr. Reismann (beide Föderalistische Union) teilten als Vertreter der Abgeordneten

## Schranken der Legalität

J. Sch. Die Initiative des Bundespräsidenten in der Frage der Verfassungsmäßigkeit des deutschen Wehrbeitrages hat einiges Rätselraten ausgelöst. Warum, so fragt man von den verschiedensten Seiten, hat sich Heuß in einem Augenblick eingeschaltet, in dem doch ohnehin die Feststellungsklage der Sozialdemokraten behandelt werden sollte? Die eine Seite ist geneigt, in der Anforderung des Gutachtens eine Rüge für die Regierung zu sehen, die andere fürchtet eine Beeinflussung des Urteils.

In Wahrheit hat der Bundespräsident nichts anderes getan, als seine neutrale Stellung zwischen den inneren Mächten dazu zu benutzen, eine heilsame Klärung der verworrenen Situation herbeizuführen. Sowohl die Regierung als auch die Opposition werden dadurch in die Schranken der Legalität gewiesen. Es ist kein Geheimnis mehr, daß das Bundesverfassungsgericht versteckt und offen verdächtigt wurde, kein objektives Urteil fällen zu können, weil der Erste Senat, der die Klage der Sozialdemokraten zu behandeln hat, in seiner Mehrheit aus Angehörigen der SPD oder ihrer nahestehender Mitglieder zusammengesetzt sei. Zu solchen Verdächtigungen hat die bisherige Praxis des Ersten Senats keinerlei Anlaß gegeben. Aber da die Gefahren der Politisierung der Justiz nicht einfach aus den Fingern gesogen sind, sondern sich leider immer stärker abzeichnen, glaubte man, gerade in einem so entscheidenden Falle davor warnen zu müssen.

Diese schiefe Lage hat der Bundespräsident durch die Anforderung des Gutachtens über die Verfassungsmäßigkeit wieder zurechtgerückt. Es wird vom Plenum des Bundesverfassungsgerichtes ausgearbeitet werden. Damit sind alle Zweifel über die Objektivität des Urteils in der SPD-Klage hinfällig geworden, denn selbstverständlich kann dieses Urteil an dem Gutachten des Plenums nicht vorübergehen, sondern muß es zur Grundlage nehmen.

Damit wird auch der Kampf um die Ratifizierung der Verträge in ruhigeren Bahnen gelenkt. Keine Partei kann der anderen vorwerfen, sie verberge durch ihre Interpretationskünste das Grundgesetz. Regierung und Opposition haben den Schritt des Bundespräsidenten begrüßt; jedenfalls haben sie sich beeilt, dies zu versichern. Er ist in der Tat begrüßenswert, denn er schafft zunächst die Festigkeit der Grundlagen, die unerlässlich ist, bevor man zur politischen Entscheidung schreitet — die damit nicht vorweggenommen wird.

## Investitionshilfe ist überholt

Langsamer Abbau in Sicht — Schwerbeschädigtengesetz im Ausschuss

wl. Bonn, 18. Juni

„Die Investitionshilfe ist längst überholt“, erklärte am Mittwoch im Bundestag der Abgeordnete Dr. Bertram (FöD. Union). Seine Fraktion verlange die völlige Aufhebung des Gesetzes. Die Sprecher der Regierungsparteien mußten zugeben, daß die Investitionshilfe sich im wesentlichen als Fehlschlag erwiesen habe und die Grundindustrien nicht mehr in dem noch vor einem halben Jahr erwarteten Umfang auf sie angewiesen seien. Die SPD bezeichnete die Investitionshilfe als „Totgeburt aus der Schrecksekunde von Korea“. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss wird jetzt darüber beraten, ob entsprechend dem Antrag der Regierungsparteien die Investitionshilfe erheblich gemildert, d. h. praktisch langsam abgebaut werden soll.

Der Bundestag überwies den Entwurf zu einem Schwerbeschädigtengesetz ohne Aussprache an den Ausschuss für Kriegsofferfragen. Durch das Gesetz werden alle Arbeitgeber, die über mehr als zehn Arbeitsplätze verfügen, verpflichtet, wenigstens einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Für die öffentlichen Verwaltungen, Banken, Versicherungen und Bausparkassen gilt

## DGB klagt gegen Arbeitsminister

dpa. Köln, 18. Juni

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat beim Landesverwaltungsgericht in Köln gegen den Bundesarbeitsminister Klage wegen Ermessensmißbrauch erhoben. Der DGB wirft ihm vor, die gesetzlichen Vorschriften bei der Berufung der Vorstandsmitglieder für die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung nicht beachtet zu haben.

## Amerikas „Stimme“ und Liebesleben der Araber

Man kann nicht behaupten, daß die „Stimme Amerikas“ in Deutschland besonders beliebt wäre. Ein großer Teil der Hörer stellt sogar ab, wenn sie ertönt. Das liegt nicht einmal so sehr am näselnden Ton ihrer Sprecher oder an der Tatsache, daß man genötigt wird, sich diese Sendung zu einer bestimmten Zeit anzuhören, sondern mehr noch an ihrem Inhalt.

Wir stehen mit dieser Kritik nicht allein. Die scharfen Angriffe mehrerer amerikanischer Zeitungen auf die „Stimme Amerikas“ führten dazu, daß eine Untersuchungskommission des Senats die Programmgestaltung überprüfte. Daß dabei einige Mitglieder dieser Kommission in lebhafter Heiterkeit ausbrachen, als ihnen einige Kostproben aus früheren Sendungen vorgesetzt wurden, bestärkt uns in unserer eigenen Meinung über deren propagandistischen Werk.

Mit einigem Recht fragten sich nämlich die ehrwürdigen Parlamentsvertreter, was eine Sendung nach dem heute kommunistischen Bulgarien, die ausführlich die „Entzündung der Gallenblase“ behandelte, mit der Aufgabe zu tun habe, dieses

unterdrückte Volk über die politischen Ziele des Westens aufzuklären. Die Aktualität der nach dem gleichen Lande ausgestrahlten Meldung, es sei zu befürchten, daß die Russen den Versuch machen würden, die japanischen Märkte zu erobern, konnte zwar nicht überzeugen, aber doch wenigstens begründet werden. Nicht so sehr aber die Zweckmäßigkeit des Bemühens, daß man italienischen Hörern für das Jahr 1952 eine Wetterprognose für das Gebiet New York vermittelte, und daß man den arabischen Rundfunkhören den Unterschied zwischen der Liebe und der Verliebtheit eines Ehemannes lang und breit erklärte.

Wenn also die Herren der Untersuchungskommission den Vorschlag machten, die Programmgestaltung konstruktiver zu gestalten, und sie etwas mehr auf die Mentalität der einzelnen Völker abzustimmen, so können wir das nur unterstreichen. Ausreichende Geldmittel, ein bißchen Politik, ein paar Stories, das Ganze unbekümmert und optimistisch vorgetragen, sind doch nicht die rechte Mischung, um die verschiedensten Völker diplomatisch anzusprechen und propagandistisch zu gewinnen. (PvB)

## „Mehr Nächstenliebe“

dpa. Düsseldorf, 18. Juni

Bundestagspräsident und Oberkirchenrat Dr. Ehlers (CDU), der auf einer Veranstaltung des Kreissynodal-Vorstandes Düsseldorf über das Thema „Die Verantwortung der evangelischen Kirche für die Einheit unseres Volkes“ sprach, rief zur „Gemeinsamkeit der Herzen“ auf. „Wir reden furchtbar viel über die Einheit Deutschlands, sind aber wenig bereit, Nächstenliebe und Brüderlichkeit für die Deutschen der Ostzone zu verwirklichen. Wenn wir unser Christsein nicht redlich realisieren, haben wir kein Recht, von der christlichen Verantwortung in der Politik zu sprechen.“

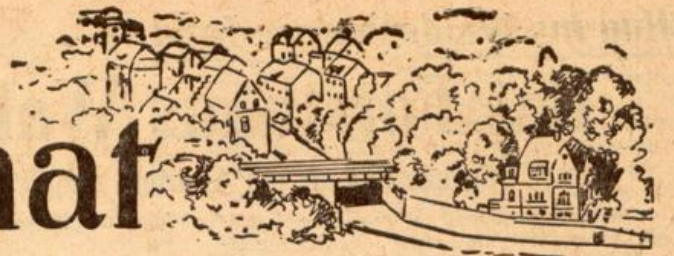
Unter Hinweis auf Heinemann und Niemöller betonte der Redner, es störe die Verantwortung der Kirche für die deutsche Einheit, „mit vorgefaßter negativer Meinung den Äußerungen andersdenkender Menschen gegenüberzutreten“.

Das Parlament von Kambodscha hat dem König Norodom Sihanuk und der von ihm gebildeten Regierung einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

Jugoslawien will mehrere türkische Abgeordnete zu einem Besuch einladen, um die Zusammenarbeit beider Länder zu verstärken.



# Seite der Heimat



Halver, den 19. Juni 1952

## Unterm Regenschirm . . .

... zu Zweit  
geht sich's wohlgenut,  
doch verträglich muß man sein  
und einander gut.

Heute, da es Bindfaden regnet und die Häuser von Wasser tröpfen, fiel mir dieses Verschen ein. Dazu kam die Frage, was der mir unbekannte Dichter wohl dabei gedacht haben mag.

Als Schulbub dünkte mich's am schönsten, mit einem guten Kameraden im Wald unterm Regenschirm einherzugehen. Schulfreuden — auch Leiden —, erste Kämpfe mit den anderen Jungen, phantastische Geschichten und Bildchen wurden ausgetauscht. Doch verträglich waren wir nicht immer. Wie oft stieß der eine seinen Nachbarn, eben noch eng aneinandergeschmiegt, in's Nasse! Bald aber war stets der Friede wieder da, und unter Motters großem Schirm trippelten zwei Buben dem Haus zu.

Vielleicht sind mit dem Vers auch zwei junge Liebesleute gemeint, Arm in Arm unter dem neuen Schirm. Man geht spazieren trotz des bösen Wetters. Und — es hat einen ganz besonderen Reiz. Wie lieb läßt es sich da plauschen, Aug' in Aug', Mund zu Mund so nah!

Oder hat der Dichter gar an das Sprichwort gedacht, daß man sich nach der Decke strecken müsse? Denn, wenn zwei Alte unterm Schirm gehen, dann meinen wir wohl, daß der eine seinen Schirm vergessen habe, oder ein einziger Schirm sei der Besitz dieser beiden Leute. Verträglich müssen sie sein, denn ein Parapluie ist eine kleine Decke für alte Behäbige.

Was auch mit dem Verschen gemeint sei, uns alle wohl dünkt die zweite Erklärung die reizvollste! Oder ist jemand unter uns, der solche Regenschirm-Erinnerung nicht sein Eigen nennt?

## Halver

### Sie gelten auch für 1952

Das Bundessteuerblatt vom 10. 6. 1952 bringt die Einkommensteuer-Richtlinien für 1951 auf 151 Seiten.

Den Bemühungen des „Bundes der Steuerzahler“ ist es gelungen, zu erreichen, daß die Richtlinien auch für 1952 gelten sollen vorbehaltlich der Abweichungen, die sich aus neuen Gesetzen oder Rechtsverordnungen oder Urteilen und Gutachten des Bundesfinanzhofs ergeben.

Damit ist zum ersten Mal seit Kriegsende erreicht, daß die Steuerzahler schon im Juni des Veranlagungszeitraumes erfahren, nach welchen Richtlinien der Staat sie zu besteuern gedenkt. Sie können jetzt endlich disponieren.

### Das große Kindertreffen

Die Kinderabteilungen der Vereine des 1. Bezirks Lenne-Volme-Turngaus treffen sich am kommenden Sonntag in Oekinghausen auf dem Sportplatz Susannenhöhe zu ihrem schon mehrere Jahre durchgeführten Kindertreffen. Von den vorausgegangenen Kindertreffen unterscheiden sich dieses Kindertreffen in seiner Durchführung durch eine neue und besondere Gestaltung. — Nach vorausgegangenen Wanderungen aller Abteilungen zur „Susannenhöhe“ wird in einer Singstunde jeder Verein ein Lied vortragen und am Nachmittag einen Volkstanz oder eine sonstige Aufführung zeigen.

Diese drei Voraussetzungen berechtigen erst zur Teilnahme an dem Wettkampf, der als Mannschaftskampf in drei Klassen durchgeführt wird. Der dann anschließende Bunte Rasen wird mit seiner vielseitigen Gestaltung ein lebhaftes und fröhliches Bild abgeben von der Vielgestaltigkeit des heutigen Kinderturnens und der Liebe und Begeisterung, mit der die Jüngsten bei der Sache sind. Für ein gutes Mittagessen wird ein besonders talentierter Kochkünstler bestens sorgen.

Auf diesem Treffen der Kinder erhalten auch

## Böse Ueberraschungen beim Tunnelbau

### Personenverkehr eingestellt — Sicherheit bleibt höchstes Gebot

Böse Ueberraschungen erleben zur Zeit die verantwortlichen Männer, unter deren Regie der Lösenbach-Tunnel um- und ausgebaut wird. Das Deckgebirge in Höhe des auf einer Länge von



Dieser Riß im Erdreich der Tunnelböschung, der sich von Montag auf Dienstag bildete, ist einen halben Meter breit und fast zwei Meter tief. Langsam aber sicher drücken die Erdmassen in Richtung Gieße, so daß eine sofortige Gegenmaßnahme notwendig wurde. (Foto: Schulte)

## Zum morgigen Richtfest in Anschlag

# Amtsbezirk Halver schafft sich neuen Schulraum

### Die Bauarbeiten an den Halverschen Volksschulen — Was wird mit Schalksmühle und Oberbrügge/Ehringhausen?

Die baulichen Arbeiten an der Volksschule Anschlag sind, wie wir schon kürzlich berichteten, so weit fortgeschritten, daß jetzt das Richtfest begangen werden kann. Am morgigen Freitag ist es so weit. Am morgigen Nachmittag wird das Richtfest erfolgen, allen am Bau Beteiligten zu Ehren. Für die Schulgemeinde Anschlag, die sich den Neubau zu ihrer ureigensten Sache gemacht hat, wird es ein besonderer Tag der Freude sein.

Das Richtfest in Anschlag nahmen wir nun zum Anlaß, um mit Amtsdirektor Lohoff über die Beseitigung der noch vorhandenen Schulraumnot und die damit zusammenhängenden Planungen zu sprechen.

Im Amtsbezirk Halver ist in dieser Hinsicht schon eine ganze Menge erreicht worden, wenn auch noch so manches zu tun übrig bleibt. Wenn man bedenkt, so erklärte unser Gesprächspartner im Laufe der Unterhaltung, daß es im Industriegebiet noch Schulen gibt, in denen der Unterricht in Noträumen abgehalten wird, in denen die Kinder auf Brettern mit darunter gelegten Backsteinen sitzen müssen, so können wir mit dem Erreichten doch schon zufrieden sein.

Morgen ist nun der Neubau in Anschlag mit tatkräftiger Hilfe der Bevölkerung so weit vorangetrieben, daß er gerichtet werden kann. Die Schulgemeinde Anschlag hat von sich aus einen

#### Kredit von 10 000 DM

aufgenommen und ihn der politischen Gemeinde als Darlehen zur Verfügung gestellt — gewiß ein schönes Zeichen von freundschaftlicher Hilfsbereitschaft.

Der rechts angefügte Neubau ist in gleicher Weise gehalten wie der bereits vorhandene linke

Altbau-Flügel. Er enthält einen Klassenraum in der gleichen Größe. Im ersten Obergeschoß entsteht eine Vierraum-Wohnung, im Dachgeschoß eine Dreiraum-Wohnung. Unten wird noch eine Fahrrad-Abstellung geschaffen. Später soll auch für die Schulkinder noch eine Brausegelegenheit angelegt werden. Man hofft, den Bau noch vor dem Winter gänzlich fertig zu bekommen.

An was ist nun weiterhin für die nächste Zukunft gedacht? Verschiedene Pläne sind zur Zeit in der Bearbeitung.

Da ist zunächst einmal die evangelische Volksschule in Halver. Für den dritten und damit letzten Anbau sind die Arbeiten jetzt ausgeschrieben worden. Mit ihrer Verwirklichung ist das

#### Bauprojekt Evg. Volksschule Halver

dann abgeschlossen. Im Keller sollen ein Werkraum und eine Lehrküche entstehen. Es sind weiter zwei Klassenräume vorgesehen, ferner im Dachgeschoß ein Rektor-, ein Lehrer- und zwei Lehrmittelzimmer. Hier hofft man, den Rohbau bis

zum Einbruch des Winters fertigstellen zu können. Die Neubauten an der katholischen Volksschule Halver sollen

#### bis zum September

dieses Jahres beendet sein, so daß alsdann die Einweihung erfolgen kann. Hier entstehen vier Klassenräume und im Kellergeschoß ein weiterer Raum, der zunächst ebenfalls als Unterrichtsraum dienen, später jedoch als Werkraum Verwendung finden soll. Weiter sind ein Lehrer- und zwei Lehrmittelzimmer vorgesehen.

In den folgenden Jahren wird man sich vor allem mit dem Zukunftsbedarf

#### in Oberbrügge und Ehringhausen

beschäftigen müssen. Dort soll bekanntlich im Schnittpunkt beider Ortsteile am Volmerknapp, sozusagen im Zentrum, eine moderne Schule entstehen. Hier wird die finanzielle Seite noch manche Sorge bereiten, bis alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt sind. Ein besonders günstig gelegenes Grundstück wurde bereits ausgewählt, jedoch sind die Ankaufverhandlungen noch nicht abgeschlossen und zudem müssen auch die Vertretungskörperschaften noch gehört werden. Es steht zu erwarten, daß die noch bestehenden Schwierigkeiten im nächsten Jahre aus dem Wege geräumt sein werden und der Gemeindegeldsäckel bis dahin etwas mehr „Luft“ bekommen hat.

In Schalksmühle besteht ebenfalls ein Problem „Volksschule“. Sie muß erweitert werden und diese Erweiterung wird die hübsche

#### runde Summe von 300 000 DM

verschlingen. Noch ist aber der „Topf“, der diese Baugelder aufnehmen soll, im Haushalt leer, weil man noch nichts bekommen hat und es laufen gegenwärtig Verhandlungen, um noch etwas herbeizuholen. Noch besteht keinerlei Uebersicht, wann Landesmittel fließen werden und in welcher Höhe. Unsere Verwaltung hofft, daß die üblichen Zuschüsse noch bewilligt werden, da es sich hier ebenfalls um einen dringenden Notstand handelt, aber ein Zeitpunkt für den Beginn der Arbeiten kann noch nicht festgelegt werden.

#### Hinsichtlich der Realschulen

ist festzustellen, daß der planmäßige Bedarf der Halverschen Schule befriedigt ist. In Schalksmühle benötigt man noch zwei Klassen, aber sie sind noch nicht spruchreif. An diese Frage kann man erst herangehen, wenn das Problem der Schalksmühler Volksschule befriedigend gelöst ist.

Die Frage der Beseitigung der Schulraumnot ist zweifellos ein wichtiges Problem, dient sie doch dem Wohle unserer Jugend. Manche Wünsche bleiben in dieser Hinsicht noch offen. Denken wir nur an das von uns schon mehrfach behandelte Problem eines Halverschen Jugendheimes und einer Halverschen Jugendherberge. Aber leider machen die leidigen Finanzen nicht so mit, wie es nötig und wünschenswert wäre. Sie dürfen jedoch keineswegs aus den Augen verloren werden.

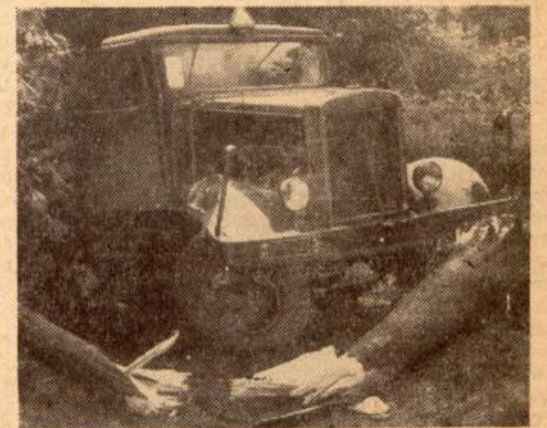
Dr. Weg-

## Füntonner verletzte Dachdecker schwer

### Folgschwerer Unfall in Lüdenscheld

Gestern morgen 10.30 Uhr befuhr ein Kölner Lastzug die Talstraße abwärts hinter einem Lkw. Als der Lkw eben eine Handkarre überholt hatte, bemerkte auch der Lastzugfahrer diesen von zwei Dachdeckergeleuten gezogenen Wagen. Als der Fahrer bremste, um nicht mit dem Karren zu kollidieren, begann der Lastzug auf der regennassen Straße zu schleudern. Der Motorwagen drehte sich einmal um seine eigene Achse und prallte gegen einen Baum. Der Anhänger erlitt den Dachdecker Jakob und schleuderte ihn zu Boden, wo er schwer verletzt liegen blieb. Ein die Unfallstelle passierender belgischer Offizier veranlaßte die unverzügliche Ueberführung des Schwerverletzten mit einem belgischen Militärfahrzeug ins Krankenhaus. Dieser raschen Maßnahme hat wahrscheinlich der Verletzte sein Leben zu verdanken, denn eine sofort vorgenommene Operation ergab, daß Jakob wegen innerer Blutungen in höchster Lebensgefahr war.

Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt, doch erscheint es unverantwortlich, wenn ein Lastzug mit Reifen fährt, die bereits die blanken Leinwandstreifen zeigen und somit nicht mehr rutschfest sind.



Auf den blanken Leinwandstreifen mußte der Lastzug beim Bremsen auf regennasser Straße ins Schleudern kommen! Er landete an einem Straßenbaum, den er mehrfach abbrach, während der Anhänger den Dachdecker Jakob erlitt und lebensgefährlich verletzte. (Foto: Schulte)

und alle Eltern können sich an diesen Morgenwanderung beteiligen.

### Preis Ausschreiben für europäisches Eisenbahnplakat

Die Informationszentrale der Europäischen Eisenbahnen in Rom veranstaltet unter den europäischen Künstlern ein Preis Ausschreiben zur Erlangung eines Werbeplakats für den Reiseverkehr auf den Eisenbahnen. Es sind 20 Preise im Gesamtbetrag von einer Million Lire ausgesetzt. Die Teilnahme deutscher Künstler ist erwünscht. Auskunft erteilen die Pressestellen aller Eisenbahndirektionen.

### Buschhausen

#### Weg nach Buschhausen wurde ausgebessert

Der im vergangenen Jahre völlig überholte Fahrweg vom Dommelheider Kopf nach Buschhausen wies infolge des regen Straßenverkehrs wieder verschiedene Schlaglöcher und Unebenheiten auf. In diesen Tagen nun wurde hier Abhilfe geschaffen. Gemeindearbeiter haben bereits die Straßenoberfläche mit einer neuen Splittdecke versehen. Tieferer Schlaglöcher werden mit Teersplitt ausgefüllt. Wünschenswert wäre es nun allerdings, wenn der Weg auch unterhalb des Transformatorhauses bis zur Ortschaft Buschhausen so überholt und hergerichtet würde, wie es auf den Höhen der Fall ist.

## Oekinghausen/Carthausen

### Großes Gartenfest am Wochenende

Am Samstag startet in den Anlagen des Gastwirts Kaiser, Oekinghausen, das große Waldfest des Kaninchenzuchtvereins Carthausen. Fleißige Hände rühren sich, und mit den Aufbauarbeiten hat man bereits begonnen. In bunter Abwechslung werden sich für groß und klein Lustbarkeiten bieten, wie Verkaufs- und Schaustände, Verlosungen, Wurf- und Schießstände. Eine gute Tanzkapelle wird natürlich auch dabei sein.

### Breckerfeld

#### Volksschulen maßen sich

Die Ausscheidungsspiele der Volksschulen im Handball ergaben folgende Resultate: Ev. Volksschule gegen Realschule 5:3; Zurstraße gegen Delle 9:3; Kotten gegen Stöcken 13:7; Kath. Breckerfeld gegen Branten 11:2; Rummenohl gegen Realschule 6:5; Rummenohl gegen Ev. Volksschule 13:6.

## Neues Verwaltungsgebäude der Elektromark

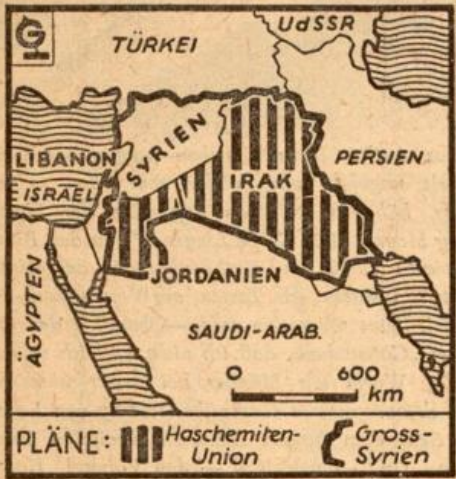
Das „Kommunale Elektrizitätswerk Mark AG.“ teilt uns mit:

Der „Bauausschuß Neues Verwaltungsgebäude“ hat in seiner Sitzung vom 16. Juni unter Würdigung aller architektonischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte beschlossen, den mit dem ersten Preis ausgezeichneten Entwurf von Herrn Prof. Bartmann, Darmstadt, auszuführen, Herrn Prof. Bartmann mit der Entwurfsbearbeitung und der künstlerischen Oberleitung zu beauftragen und der Bauabteilung der Elektromark die technische und geschäftliche Oberleitung sowie die Bauführung zu übertragen. Der Bauausschuß legte fernerhin fest, daß die Erd-, Maurer- und Beton-Arbeiten öffentlich ausgeschrieben werden sollen.

## Nahöstliche Unionspläne

Wie schon mehrmals in den letzten Jahrzehnten sind auch gegenwärtig wieder die Spekulationen auf eine Vereinigung der Länder Irak und Jordanien aus dem Boden geschossen, der durch die Erkrankung des jordanischen Königs Talal und seine Ersetzung durch einen Regentenschatzrat dafür aufgelockert erscheint. Die Anhänger einer Haschemitischen Union sehen die Gelegenheit als günstig an, weil zur Zeit sowohl der irakische wie der jordanische Thron unbesetzt sind; der irakische Thronfolger und der Sohn König Talals sind noch nicht volljährig.

Die Pläne, zwei oder mehr Länder zwischen Mittelmeer und Persischem Golf zusammenzuschließen, sind so alt wie die Staaten selbst, in die das Osmanische Reich nach dem Ersten Welt-



krieg unter rein britisch-französischen Interessensgesichtspunkten zerlegt worden ist. Es handelt sich hier um die vier Länder Syrien (3,1 Mill. Einwohner), Libanon (1,2 Mill.), Jordanien (1,2 Mill.) und Irak (4,8 Mill.). Die beiden ersten sind Republiken, die beiden letzten Monarchien. Daraus allein entspringen schon starke Widerstände gegen eine Vereinigung in dieser oder jener Form. Stärkster Verfechter einer irakisch-jordanischen Union war bis zu seiner Ermordung im Juli vergangenen Jahres König Abdallah von Jordanien. Sein Sohn Talal zeigte sich an diesen Plänen wenig interessiert und suchte eher Anlehnung an Saudiarabien, dessen Herrscher Ibn Saud einst Talals Vater aus Arabien vertrieben hatte. Zu den äußeren Gegnern einer irgendwie gearteten Staatenvereinigung zählen in erster Linie Ägypten und Saudiarabien; aber auch Israel würde der Bildung einer stärkeren arabischen Kraft an seinen Grenzen kaum untätig zusehen.

Ein gewichtiges, wenn nicht das letzte Wort über die derzeitigen Unionspläne dürfte England sprechen. Von seiner wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung hängt zumindest Jordanien ab. So sehr London daran liegen würde, eine größere arabische Einheit unter seinem Einfluß zu schaffen, so sorgfältig sucht es natürlich neuen Streitobjekten aus dem Wege zu gehen. GL.

## Strafanzeige gegen Gewerkschaftsführer

rb. Kiel, 18. Juni

Die kürzlich von dem Landesvorsitzenden der Jungdemokraten (einer der FDP nahestehenden Jugendorganisation) Schleswig-Holsteins, Günter Herbst, angekündigte Strafanzeige gegen führende Gewerkschaftsfunktionäre wegen Parlamentsnötigung ist jetzt der Staatsanwaltschaft in Kiel übergeben worden. Die Strafanzeige ist gegen den Bundesvorsitzenden des DGB, Fette, sowie die Vorsitzenden der IG „Druck und Papier“ und „Metall“ gerichtet.

Das Strafbuch sieht in seinem Paragraphen 105 für Parlamentsnötigung Bestrafung mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren vor. Die Staatsanwaltschaft in Kiel hat die Anzeige dem Oberbundesanwalt in Karlsruhe übergeben. Herbst will durch ständige Nachfragen auf eine schnelle Bearbeitung drängen.

Der CSU-Generalsekretär Josef Strauß forderte vor dem CSU-Wirtschaftsbeirat in Würzburg die Ernennung eines selbständigen Außenministers, damit die Kraft des Bundeskanzlers nicht „verzettelt“ werde.

Zwei ehemalige deutsche Gestapo-Beamte, Hoffmann und Nebel, die in Dänemark wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden waren, wurden begnadigt und nach Deutschland ausgewiesen.

## Schwedische Küstenverteidigung hat Alarm

Unterschied in den Sowjet-Noten — Stockholm wies Vorwürfe zurück

dmt. Stockholm, 18. Juni

Die gesamte schwedische Küstenverteidigung liegt in Alarmbereitschaft und hat Befehl die Bergungsversuche im bewaffneten Streifendienst zu sichern. Auch die dänischen Piloten haben seit einiger Zeit Schießbefehl für den Fall, daß sie angegriffen werden sollen.

Der Wortlaut der sowjetischen Protestnote stimmt nicht mit der am Dienstagabend verbreiteten Inhaltsangabe Moskaus überein. In der Note heißt es, das Flugzeug sei nach der Beschießung über das Meer davongeflogen. In der Inhaltsangabe heißt es, daß die Maschine ins Meer gestürzt sei. Amtlich wird festgestellt, daß

das Flugzeug einwandfrei über internationalem Gebiet beschossen wurde. Auch die Schrammen an dem Gummiboot der verschwundenen Dakota-Maschine weisen Schußspuren auf, so daß es wahrscheinlich ist, daß die Sowjets auch diese Maschine abgeschossen haben. Es wird erklärt, daß die Fehlnavigation des Flugzeuges vom 13. Juni nicht als Entschuldigung für den Abschluß des anderen Flugbootes am 16. Juni gelten könne.

Schweden hat am Mittwochabend auf den sowjetischen Protest gegen die Ueberfliegung sowjetischen Hoheitsgebietes geantwortet und die Vorwürfe zurückgewiesen.

## Bundesrat kommt um die Entscheidung nicht herum

Ehard zu den Westverträgen und einem Vierergespräch

diff. München, 18. Juni

Am Vortag der Bundesratssitzung über die Stellungnahme zum Deutschlandvertrag erklärte der bayerische Ministerpräsident Dr. Ehard am Mittwochabend über den Bayerischen Rundfunk: „Gerade von Bayern aus legen wir den größten Wert darauf, daß der Bundesrat in so entscheidenden Fragen der Nation wirksam wird und sein Votum abgibt.“

Dr. Ehard, der den Vorsitz im Außenpolitischen Ausschuss des Bundesrates führt, sagte, daß die Bundesregierung dem Länderorgan die Mitentscheidung über die Westverträge am liebsten ersparen möchte, „aber nicht um den Bundesrat zu schonen, sondern in der Absicht, die Klippe des Bundesrates zu vermeiden.“ Die Frage, die augenblicklich das Bundesverfassungsgericht entscheiden soll, ob der Bund ohne Aenderung des Grundgesetzes die Wehrhoheit erlangen kann, bezeichnete Ehard als „eine etwas leidliche Angelegenheit“. Er warnte, ein hohes Gericht in eine Situation zu verstricken, die eigentlich nur auf der politischen Ebene entschieden werden könne.

Zu den russischen Bestrebungen, eine Viererkonferenz zustande zu bringen, sagte Ehard: „Es fällt schwer, in diesem neuesten russischen Bestreben eine Kursänderung des Kreml

zu erblicken. Wir haben um so mehr Anlaß, mißtrauisch zu sein, als westeuropäische Stimmen sich bereits bemerkbar machen, die von dem Gedanken ausgehen, man könnte sich vielleicht doch mit den Russen auf Kosten Deutschlands einigen.“

Ausdrücklich erklärte Dr. Ehard, daß es nicht Sinn der Deutschlandverträge sein könnte, für immer den Weg zu echten Gesprächen mit Rußland zu verbauen, vielmehr müsse die Welt-situation reif gemacht werden, in dem Sinne, daß sich Rußland einem starken Partner gegenübersehe. Am Ende stehe die Erwartung des friedlichen Ausgleichs mit Rußland, aber nicht auf dem Rücken Deutschlands, sondern unter Mitwirkung eines in Freiheit wiedervereinigten Deutschlands.

## Oelladung beschlagnahmt

dpa, Aden, 18. Juni

Ein Gericht des britischen Stützpunktes Aden beschlagnahmte am Mittwoch auf Antrag der Anglo-Iranischen Oelgesellschaft mit einer einstweiligen Verfügung die Oelladung des Tankers „Rose Mary“. Der Tanker hat 1000 Tonnen persischen Oels an Bord, das für eine Schweizer Firma bestimmt ist.

## Im Bundestag: Vorspiel zur Wehrdebatte

SPD: Erst Karlsruher Entscheidung — dann Ratifizierungsdebatte

wl. Bonn, 18. Juni

Der Bundestag erlebte am Mittwoch ein Vorspiel zu der Verteidigungsdebatte. Für die SPD forderte der Abgeordnete Erler, die erste Lesung des Ratifizierungsgesetzes zu dem Bonner Vertragswerk solle so lange ausgesetzt werden, bis das Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsmäßigkeit dieser Verträge entschieden habe. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

An den Rechtsausschuss wurde nach längerer Diskussion ein SPD-Antrag verwiesen, in dem gefordert wurde, die Bundesregierung solle die von ihr eingeholten Rechtsgutachten zur Wehrverfassung sofort dem Bundestag vorlegen und der Rechtsausschuss solle in öffentlicher Sitzung prominente Staatsrechtler darüber vernehmen, ob der Verteidigungsbeitrag mit der Verfassung vereinbar sei.

Zur Begründung des Antrags erklärte der Abgeordnete Erler, die Rechtsgutachten müßten dem Hause vorliegen, bevor es zur ersten Lesung des Ratifizierungsgesetzes komme. Der Bundestag könne nicht über eine Sache beraten, deren Rechtslage ihm nicht bekannt sei. Der Bundesrat sei jetzt in der Zwangslage, über das Verteidigungsgesetz beraten zu müssen, ohne die Rechtsgrundlage zu kennen. Mit dieser Art „Maulkorbpolitik“ könne man aber nicht so wichtige Gesetze machen, die für das deutsche Volk von entscheidender Bedeutung seien.

Bundeskanzler Adenauer versicherte dem Hause, keinerlei Rechtsgutachten zu besitzen, so daß er sie auch nicht vorlegen könnte. Im übrigen sei er der Auffassung, daß sich der Bundestag erst dann mit dieser Frage beschäftigen könne, wenn das Geest selbst ihm zugeleitet sei. „Sie, meine Herren von der SPD, sind uns in puncto Rechtsgutachten weit überlegen“, meinte der Kanzler unter dem Gelächter der Regierungsparteien. „Ihr Dr. Arndt besitzt eine ganze Schublad davon, so daß ich Staatssekretär Hallstein schon gebeten habe, sich an Herrn Arndt

ein Beispiel zu nehmen.“ Dr. Adenauer bat das Haus, auf eine weitere Erörterung zu verzichten, bis die Stellungnahme des Bundesverfassungsgerichtes vorliege.

## Adenauer: Wir werden Wahlsieger

dpa, Bonn, 18. Juni

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat auf der Konferenz der CDU-Politiker am Wochenende in Bonn mit besonderem Ernst auf die Bedeutung hingewiesen, die den kommenden Bundestagswahlen im Hinblick auf den christlichen Gedanken in Europa über die Bundesrepublik hinaus zukomme. Er forderte, eine noch stärkere Geschlossenheit der CDU und sagte: „Wir werden, wenn wir uns Mühe geben, eine gute Wahl haben und als Sieger hervorgehen.“

## LEA-Vizepräsident entlassen

dmt. München, 18. Juni

Der bayerische Finanzminister Zietsen bestätigte am Mittwoch vor der Presse, daß Vizepräsident Pflüger aus dem Landesentschädigungsamt fristlos entlassen wurde, und teilte mit, daß Pflüger, der inzwischen eine Klage beim Arbeitsgericht eingereicht hat, nicht wieder auf seinen Posten zurückkehren wird. Die Abberufung war durch eine Indiskretion der Öffentlichkeit bekanntgeworden.

## Sicherheitsrat erörtert Bakterien-Streit

dpa, New York, 17. Juni

Der Sicherheitsrat trat am Mittwoch zur Erörterung der sowjetischen Vorwürfe einer bakteriologischen Kriegsführung durch die UNO-Truppen in Korea zusammen. Der sowjetische Delegierte Malik führt turnusgemäß den Vorsitz. Sofort nach Eröffnung kam es zu einer Verfahrensdebatte über den Wortlaut der Tagesordnung.

## SPORT

### Vorolympische Festtage Berlin

Wer startet in Helsinki für Deutschland?

„Vorolympische Festtage“! Dieser Titel, so präzise er auch die festlich-olympische Atmosphäre umreißt, die vom nächsten Wochenende an für 14 Tage Berlin zum Kulminationspunkt des gesamten deutschen sportlichen Lebens macht, kann die ganze Bedeutung dieser Hochflut sportlich-gelastig-ethischer Ereignisse bei weitem nicht erfassen. Denn hier drängt sich — obwohl die Qualifikationskämpfe mit den Sportlern der Ostzone und damit die ureigentlichen Gründe für diese Festtage in Berlin weglassen — mit den letzten Olympiaschiedungen der Turner, Reiter, Fechter, Boxer, vor allem der Leichtathleten und Schwimmer, die ihre „Deutschen“ nur mit Blickpunkt auf die Helsinki-Qualifikation durchführen, mit den Olympia-Probespielen und -Länderkämpfen im Basketball, Hockey, Fechten, Ringen, Gewichtheben, Radsport, mit den Bundesjugendspielen 1952 und den Bundesjugendwettkämpfen, den Tagungen und Kongressen zahlreicher deutscher Sport-Gremien, mit der Sport- und Gesundheitsausstellung, der Einweihung der neuen Ehrenhalle und Referaten geistiger Sportführer ... hier drängt sich alles zusammen, was für uns Sport bedeutet.

Die einzelnen Sportarten wissen nun, wie groß ihre zahlenmäßige Besetzung in Helsinki sein darf. Als erste sind es am Samstag und Sonntag die Turner und Turnerinnen, die ihre Fahrkarten für die Spiele vergeben. Dichtst, Bantz, Overvien, Theo Wied, Schwarzmann und Erich Wied sollten bei den Männern die besten Chancen haben. Den Auftakt geben am Freitag und Samstag die Basketballer mit Probespielen des National-Teams. Gleichzeitig mit den Turnern wickelt der Reitsport sein Ausscheidungsturnier ab, während die Olympia-Kernmannschaft im Hockey am Montag und Mittwoch gegen Berlin ihre Spieler erprobt.

Mittelpunkt des zweiten Wochenendes sind die Deutschen Meisterschaften der Leichtathleten, umrahmt von den Ausscheidungskämpfen der Amateurböxer (Freitag) und der Fechter (Freitag/Samstag). Länderkämpfe der Ringer (am Montag gegen Dänemark) und Gewichtheber (am Dienstag gegen Frankreich), der Radsport-Fünfländerkampf am Mittwoch und die Deutschen Meisterschaften der Schwimmer von Freitag bis Sonntag (4. — 6. 7.) dienen ebenso wie alle anderen Kämpfe der Beantwortung der Frage: Wer vertritt Deutschland in Helsinki? Die Bundesjugendspiele am 20. Juni und die Bundesjugendwettkämpfe vom 27. bis 29. Juni vergeben ebenfalls Helsinki-Fahrkarten.

Tagungen des Deutschen Hockey-Bundes, des Frauenschwimm-Bundes, des Deutschen Amateurböxer-Verbandes, der deutschen Sportlehrer, des Deutschen Schwimmverbandes und des Handball-Bundes, Referate von Prof. Dr. Altrock, Prof. Dr. Diem und Prof. Dr. Redlob über die „Geistigen Grundlagen der Leibesübungen“, die Enthüllung der Reliefs von Coubertin, Curtius und Lédard in der neuen Ehrenhalle, Sport- und Gesundheitsausstellung und die Schau „Olympia in der deutschen Kunst der Gegenwart“ bilden den würdigen Rahmen für die Wettkämpfe, die Heerschau und Prüfung für Helsinki sind!

### Sechs Monate Ruhe für Peter Müller

Eingehende fachärztliche Untersuchungen des früheren deutschen Mittelgewichtsmeisters Peter Müller haben ergeben, daß das Nervensystem, insbesondere bestimmte Nervenstränge, durch Schläge ungewöhnlicher Härte harter Art vorübergehend gelähmt gewesen sein muß. Man führt dies auf Müllers schweren Kampf gegen den Franzosen Milazzo vor einigen Wochen zurück. Die Ärzte haben für Peter Müller, der am vergangenen Sonntag die Klinik wieder verlassen hat, eine völlige Ruhe von mindestens sechs Monaten verordnet. Schwiagervater Jupp Thelen hat gegen den unmittelbaren nach der Veranstaltung (Titelkampf gegen Stretz) ausgesprochenen lebenslänglichen Ausschuß seines Schützlings und die eigenwillige Verteilung eines Teils der gesperrten Börse durch den Vorsitzenden Carl Oeffmann protestiert.

### Fußballer müßte man sein ...

Wie dpa meldet, ist dem Mittelstürmer der Dortmunder Borussia, Kasper, von dem französischen Verein FC Lens ein fälschliches Angebot gemacht worden. Der Club soll Kasper 40 000 DM und dem Verein Borussia als Ablösesumme 25 000 DM angeboten haben. Die Kündigung hat der frühere Westmeister nicht angenommen, da der Vertrag für die kommende Spielzeit bereits unterschrieben ist.

### Sport-Splitter

Für das Spiel gegen eine Niedersachsen-Auswahl im Rahmen des Bundesfestens der Schlesier am 21. Juni in Hannover wird die schlesische Elft wie folgt angekündigt: Mierowski (Pr. Münster); Plawky (Pr. Münster), Famula (St. Pauli); Wolts (St. Pauli), Struzina (Schw. Augsburg), Wloka (Eintr. Frankfurt); Scholz (Bayern München), Hädel (Bayern München), Harden (Hamburger SV), Slemko (ATV Kulmbach) und Herrmann (Eintr. Frankfurt).

Das Mainzer Stadiongelande droht dem Bauprogramm einer umfangreichen Siedlung für die Familien der amerikanischen Besatzungsangehörigen zum Opfer zu fallen.

Die drei früheren Spieler des FSV Frankfurt Dziwoki, Kircher und Ferber verlassen Alemannia Aachen wieder. Dziwoki geht zu Eintracht Frankfurt, Kircher zu den Offenbacher Kickers, während Ferbers Pläne noch nicht bekannt sind.

Als erste Neuverpflichtungen für die Spielzeit 1952/53 meldet Fortuna Düsseldorf offiziell die Brüder Martin und Karl Gramming (bisher VfL Neckarau), Garatwa (bisher Wormatia Worms) und Düllmann (bisher Rheindorf SpV), die alle bereits die Verträge unterzeichnet haben.

Linksaußen Ihms, der bisher beim norddeutschen Oberligisten TSV Eimsbüttel spielte, wurde von seinem Verein für den 1. FC Köln freigegeben. In Bremen rechnet man damit, daß der frühere Dortmunder Sahm, der zuletzt für Werder Bremen spielte, ebenfalls für den 1. FC Köln spielen will.

Fred Kirsch, der amerikanische Manager des deutschen Schwergewichtsmeisters Hein ten Hoff, teilte mit, ten Hoff habe ein Angebot aus den Vereinigten Staaten erhalten, nach diesem Sommer in Salt Lake City gegen den amerikanischen Schwergewichtler Rex Layne zu boxen.

Verlag: Wilhelm Bell Jr., Halver in Westf., Kirchstraße 5, Fernruf Halver 442. Verlagsleitung: Werner Bell. Hauptschriftleitung: Karl A. F. Günther. Lokale Schriftleitung: Dr. Wolfram M. Wegener. — Anzeigenleitung: Ernst Högen. Abbestellungen nur bis zum 20. d. M. schriftlich beim Verlag. Postverlagsort: Halver in Westf. Erscheint werktäglich.

### STATT KARTEN!

Allen denen, die uns zu unserer Hochzeit durch freundliche Glückwünsche, Blumen und andere Aufmerksamkeiten erfreut haben, sprechen wir, auch im Namen unserer Eltern, unseren herzlichsten Dank aus.

Ernst Bürger und Frau

Eise geb. Große-Dresselhaus

Hagen, im Juni 1952

### Bekanntmachung

Der Maurer Horst de Beyer, wohnhaft in Kierspe-Bhf., im Bauhof 6, hat die Genehmigung zur Ansiedlung auf dem außerhalb der im Zusammenhang gebauten Ortschaft Kierspe-Bhf. gelegenen Grundstück, Gemarkung Kierspe, Flur 13, Parzelle 106/7 (am Hammerkamp) beantragt.

Er beabsichtigt auf der genannten Parzelle ein kleines Wohnhaus zu errichten.

Gemäß § 16 des Gesetzes vom 25. 8. 1876 und 10. 8. 1904 wird der Antrag zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Eigentümer, Nutzungsberechtigte und Pächter der benachbarten Grundstücke können innerhalb der Anlauffrist von 21 Tagen (19. 6. — 9. Juli 1952) gegen das geplante Bauvorhaben Einspruch erheben. Entsprechende Unterlagen können auf dem Amtsbaumamt Kierspe während der Dienststunden eingesehen werden.

Der Einspruch ist schriftlich oder zu Protokoll beim Amtsbaumamt anzubringen.

Kierspe, 16. Juni 1952.

Barthold, Amtsdirektor.

Rheuma, Gicht, Hexenschuß!  
ISCHIAS-NEURALGIE



Lapidar!  
Nr. 9  
NUR IN APOTHEKEN

### Suchen

2—3 möbl. Zimmer  
für ca. 6 Wochen.

Angebote an Postamt Halver



### Autofahrt ins Volmetal...

NACH DES TAGES HAST UND REISEN  
LASST SICH'S GUT BEI DRESEL SPEISEN

HOTEL DRESEL

RUMMENHOHL SAUERLANDT RUF. 318 AMT DAHL

Wer wirklich etwas  
vom Waschen versteht,  
der nimmt das bewährte  
das rote Paket

Dr. Thompson's Wasch-Pulver  
seit 75 Jahren Spitzenqualität  
und jetzt sogar mit

Gewebe-Elixier  
und Licht-Bleiche

Bestgeschönte, schwanweiße Wäsche zu  
niedrigstem Preis - Normalpaket 37 Pf.  
Doppelpaket zu 68 Pf. noch vorteilhafter

Thompson sorgt für Glanz und Frische - Glanz durch Pilo jedem Schuh, jedem Boden  
durch Seifix. Frische jedem Wäscheschatz durch Thompsons rotes Waschpulver-Paket.

### LANDKARTEN: Straßen-Kilometer- karten

Der große Continental  
Atlas . . . . . DM 9.80  
Iro-Straßen-Taschenatlas  
1: 500 000 . . . . . DM 5.80  
Iro - Spezialkarte Ruhr-  
gebiet 1: 60 000 . . . . . DM 3.80  
- Taschenkarte Ruhr-  
gebiet 1: 100 000 DM 1.50  
Iro-Straßenzustandskarte  
Westdeutschland  
1: 10 000 000 . . . . . DM 2.—  
NSU-Straßenkarte Rhein-  
land-Hessen 1: 400 000  
DM 1.80  
Bildatlas „Zwischen Rhein  
und Weser“ . . . . . DM 1.80  
Sämtliche Sauerland-  
karten 1: 50 000 DM 2.—  
vorrätig

### BUCHHANDLUNG

WILH. BELL JR.,  
HALVER

Wer Büromöbel sagt,  
meint:  
QUITMANN  
Hagen am Rathaus

KLEINE  
Anzeigen  
im  
Allgemeiner  
Anzeiger  
haben

GROSSE

Wirkung